

Sitzverteilung im Landtag von Baden-Württemberg (E = Erstmandate, Z = Zweitmandate, I = Mandate insgesamt)

Regierungsbezirk Land	Wahl- jahr	CDU			SPD			FDP/DVP			Zusammen		
		E	Z	I	E	Z	I	E	Z	I	E	Z	I
Stuttgart	1976	26	–	26	–	17	17	–	4	4	26	21	47
	1972 ¹⁾	22	1	23	4	15	19	–	5	5	26	21	47
Karlsruhe	1976	18	–	18	1	10	11	–	2	2	19	12	31
	1972 ¹⁾	16	–	16	3	10	13	–	2	2	19	12	31
Freiburg	1976	14	–	14	–	8	8	–	2	2	14	10	24
	1972 ¹⁾	13	–	13	1	7	8	–	2	2	14	9	23
Tübingen	1976	11	2	13	–	5	5	–	1	1	11	8	19
	1972 ¹⁾	11	1	12	–	6	6	–	1	1	11	8	19
Baden-Württemberg ...	1976	69	2	71	1	40	41	–	9	9	70	51	121
	1972 ¹⁾	62	2	64	8	38	46	–	10	10	70	50	120
	1972 ²⁾	60	5	65	10	35	45	–	10	10	70	50	120

¹⁾ Umrechnungsergebnisse. – ²⁾ Sitzverteilung nach damals geltendem Recht.

Davon unabhängig waren nach den wahlgesetzlichen Bestimmungen der CDU im Regierungsbezirk Tübingen angesichts der vergleichsweise sehr hohen absoluten Stimmenzahl in den zwei Wahlkreisen Biberach und Bodensee Mandate sowohl für den Bewerber als auch für den Ersatzbewerber zuzuweisen. Zusammengefaßt erlangten die CDU 71 Mandate, die SPD 41 und die FDP/DVP 9. Verglichen mit dem nach geltendem

Recht ausgewerteten Wahlergebnis 1972 gewann die CDU sieben Mandate hinzu, die SPD verlor fünf Mandate, die FDP/DVP einen Sitz. Von den 121 Abgeordneten des siebten Landtags von Baden-Württemberg sind 31 Parlamentsneulinge. Sechs Abgeordnete sind Frauen (CDU 3, SPD 2, FDP/DVP 1); die „weibliche Fraktion“ ist damit gegenüber dem letzten Landtag um zwei gewachsen.

Dr. Eberhard Gawatz

Zur konjunkturellen Lage

Tendenzwende sichtbar

Das Statistische Landesamt wird künftig an dieser Stelle vierteljährlich einen Überblick über die Entwicklung des sogenannten Gesamt-Konjunkturindikators geben, der die verschiedenen Einzelentwicklungen zu einem einheitlichen Ausdruck der konjunkturellen Tendenz zusammenfaßt. Zur Information über die Vielschichtigkeit der konjunkturellen Entwicklung wird außerdem der Verlauf relevanter Einzelindikatoren dargestellt. Wesentlicher Bestandteil dieser Berichterstattung ist ein *Schaubild* der verschiedenen konjunkturellen Entwicklungstendenzen in mittelfristiger Sicht, die durch eine tabellarische Übersicht mit den jüngsten Monatsdaten ergänzt wird.

Ebenso wie im Bundesgebiet insgesamt erfuhr auch die Wirtschaft des Landes Baden-Württemberg 1975 die schärfste Rezession seit Beendigung des zweiten Weltkrieges. Die Zahl der Firmenzusammenbrüche stieg sprunghaft (+ 43%), die industrielle Produktion mußte um 8,1% zurückgenommen werden, das reale Bruttoinlandsprodukt schrumpfte nach vorläufigen Berechnungen um 3,9%, mit im Jahresdurchschnitt 128 100 Arbeitslosen erreichte die Arbeitslosigkeit ein seit langen Jahren nicht mehr gekanntes Ausmaß.

Wie einschneidend der konjunkturelle Einbruch verlief, kommt deutlich im sogenannten Gesamt-Konjunkturindikator (Mengenindikator) zum Ausdruck, der seit einiger Zeit vom Statistischen Landesamt berechnet wird¹⁾. In dieses Diagnoseinstrument, das nach dem Vorbild des Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung konzipiert ist, gehen insgesamt neun konjunkturrelevante Zeitreihen ein²⁾. Im Rahmen der Berechnungen werden die Einzelinformationen zu einem Gesamtbild in Form einer Index-Zahl zu-

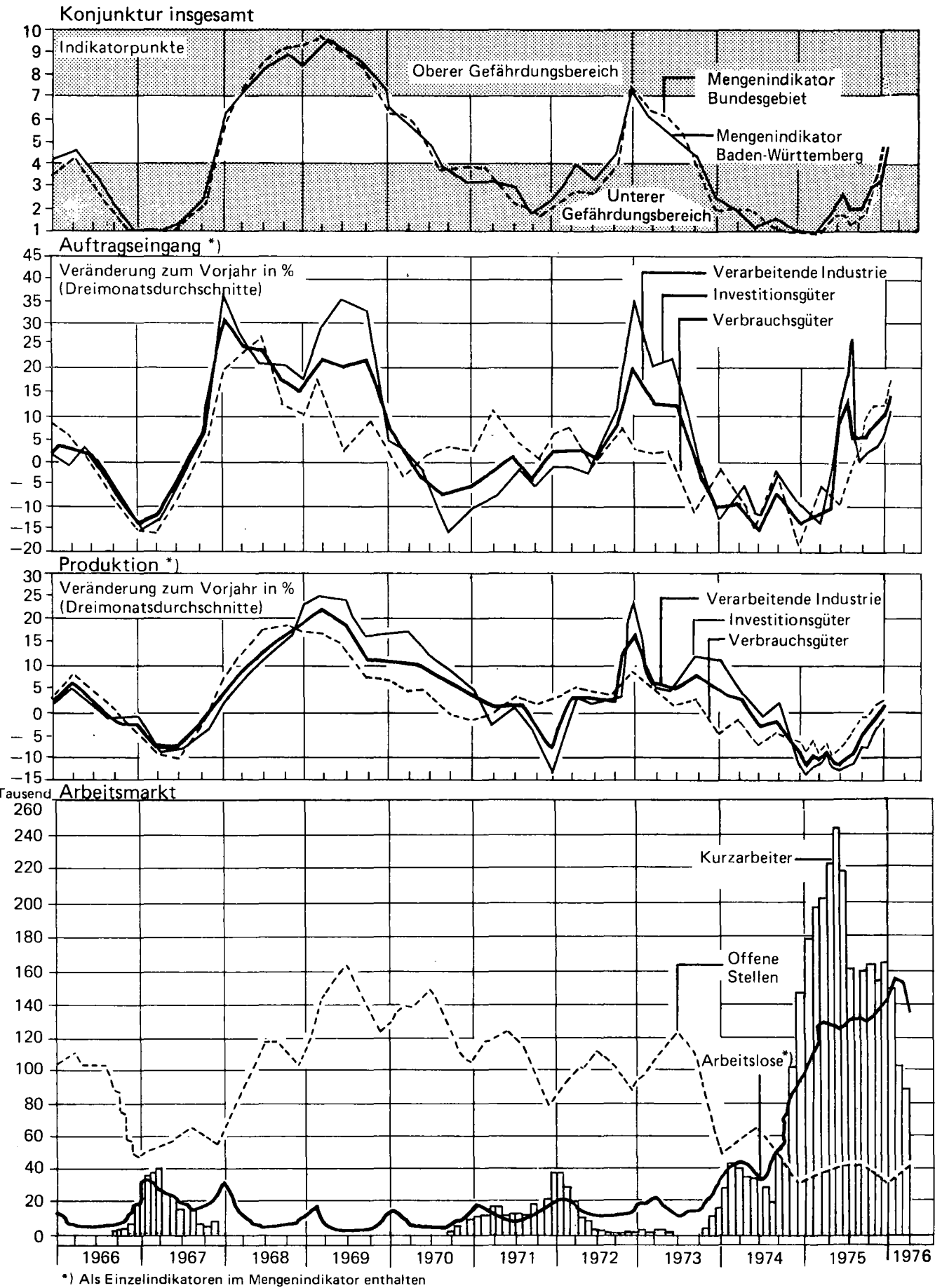
sammengefaßt, die konstruktionsbedingt zwischen den Werten 1 (niedrigster Wert) und 10 (höchster Wert) schwanken kann. Wie aus dem *Schaubild* hervorgeht, verharrte der Gesamtindikator bis April 1975 beim Skalenwert 1,0 und damit auf dem im Rahmen der Berechnungen überhaupt möglichen Tiefststand. Zur Jahresmitte hin zeigte er dann einen kleinen Ausschlag nach oben (2,3 Punkte), da sich mit dem Auslaufen der Investitionszulage die Bestelleingänge erhöhten. Bis August 1975 sank er wieder auf 2,0 Punkte ab und signalisierte damit, daß der Weg aus der Talsohle bei weitem länger dauern würde als ursprünglich erhofft. Von September an stieg hingegen der Gesamtindikator langsam aber ständig und erreichte im Dezember einen Stand von 3,2 Punkten. Für den Januar ist ein deutlicher Anstieg auf 4,7 Punkten zu verzeichnen.

Das im Rahmen der Indikator-Berechnungen zur Anwendung gelangende Bewertungsschema ist so aufgebaut, daß zur Beschreibung einer konjunkturellen Normallage sogenannte Normwerte dienen, die vom Sachverständigenrat aus den Erfahrungen vergangener Zyklen empirisch ermittelt wurden. Nach diesem Bewertungsschema ist mit dem zuletzt erreichten Stand von 4,7 Punkten offenbar der Beginn einer konjunkturellen Normalisierung erreicht. Diese ist nach langjähriger Beobachtung dann gegeben, wenn der Gesamtindikator nahe bei seinem sogenannten Normalwert von 5,5 Indexpunkten liegt, das heißt, sich etwa in der Spannweite zwischen 4 und 7 Punkten bewegt. Mit der stetigen Aufwärtsentwicklung des Mengenindikators zeichnet sich deutlich ab, daß eine Tendenzwende eingeleitet ist und die konjunkturelle Erholung fortschreitend an Boden gewinnt. Auch für den größeren Wirtschaftsraum des Bundesgebietes errechnet sich ein Indikator-Wert von zuletzt 4,7 Punkten. Ähnlich weit fortgeschritten ist die konjunkturelle Erholung nach Angaben des Bayerischen Statistischen Landesamtes im übrigen auch in Bayern.

¹⁾ Vgl.: Ein Gesamt-Konjunkturindikator für Baden-Württemberg, in: Baden-Württemberg in Wort und Zahl, Heft 10, 1975.

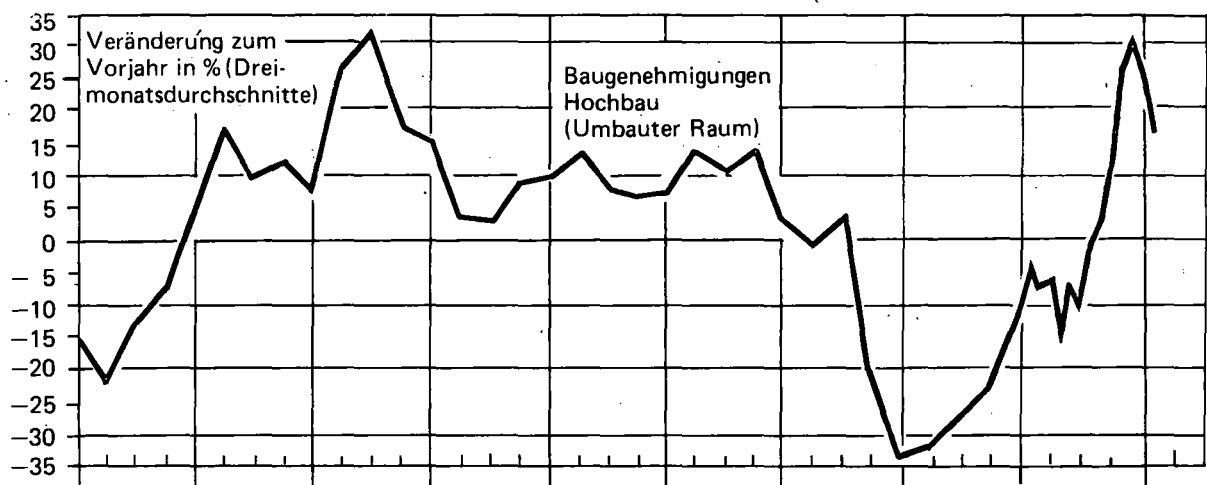
²⁾ Im Mengenindikator sind verschiedene Reihen der Auftragseingänge, der Produktion, der Beurteilung der Lagerbestände durch eine Auswahl von Unternehmen sowie die Arbeitslosenzahlen zusammengefaßt.

Konjunkturindikatoren

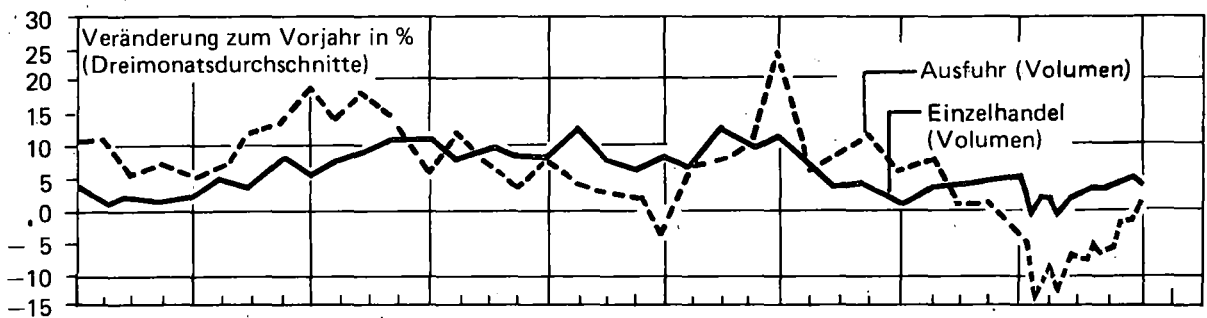


Konjunkturindikatoren

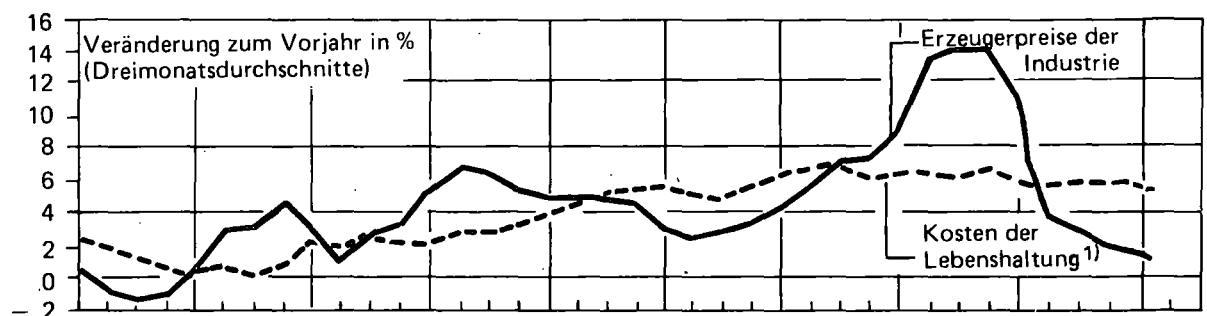
Bauwirtschaft



Handel

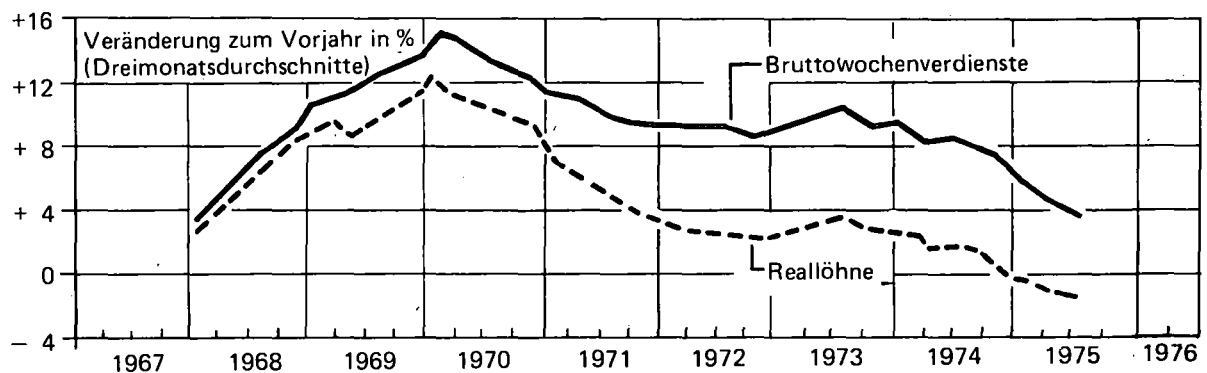


Preise



1) Mittlere Vier-Personen-Arbeitnehmerhaushalte

Löhne



Ausgewählte Konjunkturindikatoren

Indikator	Dezember 1975	Januar 1976	Februar 1976
	Veränderung zum Vorjahr in %		
Auftragseingang (Industrie)			
Insgesamt	+20,1	+ 6,1	+23,4
Verbrauchsgüterindustrien	+16,0	+11,5	+24,9
Investitionsgüterindustrien	+19,8	+ 4,9	+26,6
Produktion (Industrie)			
Insgesamt	- 0,8	+ 4,8	+ 7,0
Verbrauchsgüterindustrien	- 0,2	+ 6,3	+ 8,4
Investitionsgüterindustrien	- 2,6	+ 4,8	+ 7,2
Bauwirtschaft			
Baugenehmigungen (Umbauter Raum)	+34,4	+ 1,2	+14,8
Auftragseingang	+50,4	+ 5,0	-
Handel			
Einzelhandelsumsatz	+12,9	+ 7,2	-
Ausfuhr	+ 2,9	+ 7,5	-
Preise			
Erzeugerpreise industrieller Produkte	+ 1,6	+ 1,6	+ 2,3
Preisindex für die Lebenshaltung	+ 5,6	+ 5,1	+ 5,4
Arbeitsmarkt			
Arbeitslose	+48,9	+33,1	+19,8
Kurzarbeiter	+11,0	-17,8	-49,2
Offene Stellen	+ 1,0	+ 1,4	+ 3,0

Von welchen in den Gesamt-Indikator eingehenden Komponenten in Baden-Württemberg die konjunkturellen Auftriebskräfte hauptsächlich ausgehen, geht aus dem Schaubild hervor. Danach wird der eingeleitete Tendenzumschwung vor allem

durch die in jüngster Zeit stark gestiegene Nachfrage nach industriellen Produkten getragen. Nach den letzten verfügbaren Ergebnissen für die Monate Januar und Februar 1976 erhöhten sich die Ordereingänge im Vorjahresvergleich wertmäßig um 6,1 bzw. 23,4%. Die industrielle Produktion reagiert inzwischen auf den Anstieg der Auftragseingänge, im Februar 1976 ergab sich eine ansehnliche Ausweitung des Produktionsvolumens um 7,0% (Vorjahresvergleich). Aufgrund der hohen Kapazitätsreserven konnte allerdings der hohe Stand an Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit noch nicht entscheidend abgebaut werden.

Belebende Impulse gehen auch von der privaten Verbraucher-nachfrage aus, im Dezember 1975 bzw. Januar 1976 übertrafen die Einzelhandelsumsätze die Vorjahresergebnisse um 12,9% bzw. 7,2%. Für die Bauwirtschaft ergibt sich hingegen ein uneinheitliches Bild: Im Januar 1976 lag das Bauinteresse – gemessen am genehmigten Hochbauvolumen – lediglich 1,2% über dem allerdings sehr niedrigen Vorjahresniveau, im Februar 1976 erhöhte sich der Vorjahresabstand auf 14,8%. Demgegenüber scheint sich die Ausfuhr, der für die Wiederbelebung der Binnenkonjunktur entscheidende Bedeutung zukommt, langsam zu erholen: Seit November 1975 weisen die Ausfuhrergebnisse wieder steigende Tendenz auf und über-treffen die Vorjahreswerte, im Januar betrug der Vorjahres-abstand bereits 7,5%.

Dr. Gerhard Kah

Die Entwicklung der Industrie 1975/76

Stärkste Rezession der Nachkriegszeit

Die Ende 1973 einsetzende Lähmung der wirtschaftlichen Aktivität hat sich 1975 in der Bundesrepublik zur stärksten Rezession der Nachkriegszeit ausgeweitet.

Noch im Jahreswirtschaftsbericht 1975 hoffte die Bundesregierung, „im Verlauf des Jahres 1975 einen fundamentalen Aufschwung der Binnennachfrage ohne neue inflatorische Impulse zu erreichen“¹. Nachdem sie zunächst die stabilitäts-politischen Restriktionen des Jahres 1973 aufgehoben hatte, leitete sie gegen Ende 1974 konjunkturfördernde Maßnahmen und Sonderprogramme ein. Unter anderem sollten die Konsumenten durch die Kindergeld- und Steuerreform zum 1. Januar 1975 um mindestens 16 Mrd. DM entlastet werden. Für zusätz-liche öffentliche Investitionen und für unmittelbare Arbeits-markthilfe wurden insgesamt über 1,7 Mrd. DM vorgesehen. Die private Investitionstätigkeit sollte durch die Gewährung einer bis zum 30. Juni 1975 befristeten Investitionszulage von 7,5% angeregt werden. Darüber hinaus war geplant, nach Möglichkeit ein Großteil der Staatsausgaben für das ganze Jahr 1975 bereits in das erste Halbjahr vorzuziehen. Nachdem trotz all dieser Maßnahmen stark rezessive Tendenzen bis in den Sommer hinein anhielten, wurde im August 1975 ein weiteres Konjunkturprogramm über 5,75 Mrd. DM verabschiedet, das vor allem die Winterarbeitslosigkeit im Baugewerbe dämpfen sollte.

Neben den von der Finanzpolitik ausgehenden Impulsen ver-

suchte auch die Bundesbank, durch entsprechende flankieren-de Maßnahmen auf dem monetären Sektor die Belebung der Konjunktur zu unterstützen. Bereits im Spätsommer 1974 wich sie von dem 1973 aus stabilitätspolitischen Gründen einge-schlagenen Kurs ab, mit dem Ziele, einen stabilitätspolitisch ver-tretbaren monetären Spielraum für ein zukünftiges Wirtschaftswachstum zu schaffen.

Im Dezember 1974 kündigte die Bundesbank an, im Laufe des Jahres 1975 die Menge des Zentralbankgeldes um 8% aus-weiten zu wollen. In Verfolgung dieses Expansionskurses hat sie das Jahr über mehrmals, unter anderem durch Senkung der Mindestreservesätze und Erhöhung der Refinanzierungskonti-gente, den Geschäftsbanken Zentralbankgeld freigegeben. Durch Herabsetzung des Diskont- und Lombardsatzes veran-laßte sie diese, das zusätzliche Zentralbankgeld zur Finanzie-rung neuer Kredite und weniger zum Abbau ihrer Notenbank-verschuldungen zu verwenden.

Die konjunkturellen Ankurbelungsmaßnahmen wollten jedoch zunächst nicht greifen. Ihnen entgegen stand eine im allge-meinen sehr geringe Nachfrage nach Industriegütern, die zu einer ständig sinkenden Produktion führte. Die damit ver-bundene niedrige Kapazitätsauslastung, die geringen Absatz-aussichten und vor allem die hierdurch stark gedämpfte Ge-winnerwartung hielten die Unternehmen von Investitionen zurück. Andererseits verhinderten die ungewisse wirtschaft-liche Weiterentwicklung und insbesondere die Sorge um den Arbeitsplatz, daß die Konsumenten ihren Verbrauch den Er-wartungen entsprechend steigerten. Die Kaufkraft der privaten Haushalte war zwar kräftig gestiegen; es wurde jedoch im ersten Halbjahr noch mehr gespart als 1974, so daß die Spar-quote im Jahresdurchschnitt bei rund 16% lag.

¹ Jahreswirtschaftsbericht 1975 der Bundesregierung, Deutscher Bundestag, Drucksache 7/3197.